

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/59

Bonn, den 26. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	<u>Sozialer Fortschritt fördert soziale Sicherheit</u> ----- - Dem Arbeitnehmer muß geholfen werden - Von Harry Liehr, MdB	88
3 - 4	<u>Bonn - Peking und die Zwischenfälle am Ussuri</u> ----- Gefälschtes Brandt-Interview in Radio Moskau	65
5	<u>"Fortschrittliches Denken und Planen"</u> ----- Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg Staatsvertrag der norddeutschen Länder	21
6 - 7	<u>Sozialismus in Afrika</u> ----- Von A. Mohiddin, Dozent für politische Wissenschaft am Makerere-Universitäts-College in Uganda	97

*

o

*

Sozialer Fortschritt fördert soziale Sicherheit

- Dem Arbeitnehmer muß geholfen werden -

Von Harry Liehr, MdB

Immer wieder gibt es erhebliche Unruhen, wenn Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz bangen müssen oder ihre soziale Sicherheit gefährdet sehen. Für uns alle wäre es gut, sich mehr als bisher auf die Wechselbeziehungen zwischen sozialer Sicherheit und sozialem Fortschritt zu besinnen. Über den Tag hinaus ist soziale Sicherheit nur durch sozialen Fortschritt gewährleistet. Sozialer Fortschritt aber ist nur möglich, wenn die Entwicklung unserer arbeitsteiligen Welt in vernünftiger Weise nutzbar gemacht wird. Dieser Zielsetzung entsprechen unsere Bemühungen im Bundestag, noch in dieser Legislaturperiode zur Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes zu kommen, das insbesondere die Mobilität der Arbeitnehmer fördern soll.

Der technische Fortschritt verlangt mehr berufliche Spezialisierung, der Wandel der Wirtschaft - mit dem er verbunden ist - mehr berufliche Anpassungsfähigkeit. Beides zugleich ist nur erreichbar, wenn die Ausbildungsbasis breit genug ist. Darüber hinaus ist eine Harmonisierung von Lehre, Anpassung und Fortbildung im Sinne einer permanenten beruflichen Erwachsenenbildung dringend notwendig.

Die unerläßliche Voraussetzung für eine in die Zukunft weisende Harmonisierung ist die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Wissenschaftlich fundierte Bemühungen dieser Art sind in all den rückliegenden Jahren allzusehr vernachlässigt worden, als daß man schon heute über tiefeschürfende Erkenntnisse verfügen würde. Aber auch hier wurde endlich ein Anfang gemacht: Bei der Bundesanstalt für Arbeit hat ein Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung diese wichtige Aufgabe angepackt. Es ist zu erwarten, daß die Ergebnisse dieser Forschung der beruflichen Fehlleitung Einhalt gebieten. Immerhin sind über die Jahre hinweg Hunderttausende von Schülertlassenen in der Bundesrepublik nicht so beruflich ausgebildet worden, wie dies volkswirtschaftlich notwendig gewesen wäre. Die Berufsaufklärung und Berufsberatung bedarf dringend der wissenschaftlich gesicherten Daten.

Ebenfalls strikt am technischen Fortschritt orientiert ist der Teil des Arbeitsförderungsgesetzes, der sich mit der Verhütung von Arbeitslosigkeit oder unterwertiger Beschäftigung befaßt. Das eigentliche Problem dabei ist, wie man betriebliche Veränderungen - die zu einer Arbeitsplatzgefährdung führen können - rechtzeitig genug erfaßt, um durch Umschulungs- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen Arbeitslosigkeit gar nicht erst eintreten zu lassen. Im Arbeitsförderungsgesetz hat der zuständige Parlamentsausschuß, der seine Beratungen jetzt abgeschlossen hat, folgende Fassung beschlossen:

- * "Werden erkennbare Veränderungen des Betriebes innerhalb der
- * nächsten 12 Monate voraussichtlich dazu führen, daß Arbeitnehmer

- * in der in § 15 Abs. 1 a-c des Kündigungsschutzgesetzes be-
- * zeichneten Zahl entlassen oder auf eine andere Tätigkeit um-
- * gesetzt werden, für die das Arbeitsentgelt geringer ist, so
- * hat der Arbeitgeber dies dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes
- * unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der Mitteilung ist eine
- * Stellungnahme des Betriebsrats beizufügen."

Um diesen Versuch, Arbeitsplatzveränderungen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu erfahren, Nachdruck zu verleihen, ist im Gesetz zugleich geregelt, daß Arbeitgeber, die eine solche Mitteilung unterlassen, für die Erstattung der Aufwendungen herangezogen werden können, die durch die Umschulung der entlassenen oder auf eine andere Tätigkeit umgesetzten Arbeitnehmer für die Dauer von sechs Monaten entstehen. Eine solche Regelung wird von den Arbeitgebern sicher als sehr hart empfunden werden. Bedenkt man jedoch, wie einschneidend Arbeitslosigkeit für den Arbeitnehmer und seine Familie ist und wie groß in der Masse solcher Fälle der volkswirtschaftliche Schaden für uns alle ist, so bedarf es hier tiefgreifender Veränderungen, die einer hoch-industrialisierten demokratischen Gesellschaft würdig sind. Deshalb sind die Maßnahmen dieses Gesetzes darauf gerichtet - im Rahmen der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung - einen hohen Beschäftigungsstand zu erzielen und aufrecht zu erhalten sowie die Beschäftigungsstruktur ständig zu verbessern und damit das Wachstum der Wirtschaft zu fördern.

Künftig kann noch weniger davon ausgegangen werden, daß der einmal erlernte Beruf ohne ständige Erweiterung der beruflichen Bildung ein Leben lang vorkläft. Deshalb ist neben der materiellen Förderung des Arbeitnehmers, gekoppelt mit einer Vielzahl beruflicher Bildungsangebote, auch die herkömmliche Berufsausbildung mit der traditionell gewachsenen Lehre grundsätzlich neu zu ordnen. Es wäre doch völlig sinnwidrig, erst im späteren Berufsleben des Arbeitnehmers und dann mit erheblichen finanziellen Aufwand aus Steuermitteln eine Korrektur der Ausbildung vorzunehmen, die dem Jugendlichen in 3jähriger Lehrzeit vermittelt wurde.

Im Bundestag wächst daher die Einsicht, sozusagen als Unterbau des Arbeitsförderungsgesetzes auch ein alle Wirtschaftszweige umfassendes, bundeseinheitliches Berufsausbildungsgesetz zu verabschieden. Der Ausschuß für Arbeit ist deshalb auch bereits in die Beratungen eines solchen Gesetzes eingetreten. Es darf erwartet werden, daß beide Gesetze noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

* * *

M a r r y L i e h r gehört zu den Initiatoren, die für die SPD-Bundestagsfraktion den Entwurf eines Arbeitsmarktanpassungsgesetzes im August 1966 im Deutschen Bundestag einbrachten. Diese Vorlage hat wesentlich den Regierungsentwurf eines Arbeitsförderungsgesetzes, das jetzt zur Verabschiedung ansteht, beeinflußt. Liehr gilt als Experte für Arbeitsmarkt- und Berufspolitik. Die Redaktion:

+ + +

Bonn - Peking und die Zwischenfälle am Ussuri

H. Ber. - Buchstäblich ins Gegenteil verkehrt hat Radio Moskau (russisch-sprachiger Dienst) am 19 März jenen Teil eines Interviews, das Bundesaußenminister Willy Brandt am 9. März dem Deutschlandfunk gegeben hat. Es geht hierbei um jene Passagen, die sich - auf Fragen des Interviewers - mit dem Verhältnis Bonn - Peking befassen.

Wir wollen an dieser Stelle gar nicht in eine große Auseinandersetzung mit dem Bonner Korrespondenten von Radio Moskau, Scholkwer, eintreten, der krampfhaft versuchte, eine Beziehung zwischen den Grenzzwischenfällen am Ussuri und der Bundesversammlung in Berlin herzustellen und dabei das Interview des Bundesaußenministers vorsätzlich falsch interpretierte. Aber dokumentarisch soll festgestellt sein, wer wen falsch zitierte und interpretierte.

Herr Scholkwer, der in seinem Bonner Korrespondentenbüro den Wortlaut des Brandt - Interviews vom 9. März erhielt - wie alle Bonner Journalisten - sagte in seinem 10 Tage später (!) gesendeten Kommentar:

- * "Es ist charakteristisch, daß Brandt für eine seiner kürz-
- * lichen Reden den Regierungssender Deutschlandfunk (!) be-
- * nutzte, der auch nach China sendet, um die gegenwärtigen
- * chinesischen Führer zu loben und über den sehnlichen Wunsch
- * Bonns, nach Verbesserung der politischen und Wirtschafts-
- * beziehungen mit Peking zu sprechen "

Wer die China-Passagen des Interviews nachliest, sucht vergeblich nach einer Stelle, wo der Außenminister die "gegenwärtigen chinesischen Führer gelobt" haben könnte, er wird auch keinen "sehnlichen Wunsch Bonns" nach Verbesserung der politisch und wirtschaftlichen Beziehungen finden, wohl aber eine ganz nüchterne Beurteilung der deutschen Position.

Wörtlich sagte der Bundesaußenminister:

- * "Wir haben n i c h t die Absicht, einen sowjetisch-chinesischen
- * Interessengegensatz ausschlichten zu wollen. Wir wären töricht,
- * wenn wir so an die Sache herangingen. Die Geographie läßt sich
- * nicht verändern. So wichtig China sein wird für die weitere Ent-
- * wicklung der Welt, so sicher ist es, daß eine Regelung der euro-
- * päischen und damit auch der deutschen Fragen nicht ohne und gegen die

* Sowjetunion zustandegebracht werden kann. Im Übrigen gibt
* es zwei Faktoren. Wir haben einen gar nicht ganz bedeu-
* tungslosen Warenaustausch mit der Volksrepublik China. Wenn
* ich sage wir, dann meine ich damit die deutsche Wirtschaft.
* Es gibt keine Formalisierung dieses Handels, keinen Handels-
* vertrag, auch keine deutsche Vertretung in China selbst, die
* sich darum kümmert; aber wir haben diesen Handel und sind
* natürlich daran interessiert als ein Land, das so sehr auf
* seinen Export angewiesen ist, daß sich dieser Handel weiter
* gedeihlich entwickelt.

* Das zweite greift weit hinaus über die Tagespolitik
* China, das große chinesische Volk, wird in den kommenden
* Jahrzehnten eine Rolle spielen, nicht nur in Asien, sondern
* auch sonst in der Welt und wir gehen eigentlich davon aus,
* daß nicht zuviel Zeit vergehen sollte, bis die chinesische
* Republik auch in der organisierten Staatengemeinschaft ihren
* Platz findet. Wir beziehen insofern unsere Überlegungen,
* die auf China abzielen ein in unsere Vorstellungen von einer
* Stabilisierung und gedeihlichen Entwicklung auf dem asiati-
* schen Kontinent. Aber ich unterstreiche noch einmal: nicht
* so, als ob wir Gegensätze zwischen anderen ausnutzen und
* ausschlichten wollen."

Es wäre den deutsch - sowjetischen Beziehungen sehr dienlich,
wenn der Bonner Korrespondent von Radio Moskau sich entschließen
könnte, seinem Sender das zu berichten, was der Bundesminister tat-
sächlich gesagt hat. Oder sollte es nicht in der Propaganda - Krieg
dieser Tage passen, wenn Willy Brandt klipp und klar erklärt: "Wir
haben nicht die Absicht, einen sowjetisch - chinesischen Interessen-
gegensatz ausschlichten zu wollen?"

"Fortschrittliches Denken und Planen"

Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg

kr - Die norddeutschen Küstenländer wollen ihre Zusammenarbeit vertiefen. Durch einen Staatsvertrag, dessen Entwurf jetzt von der Landesregierung in Düsseldorf gebilligt worden ist, soll die kommunale Zusammenarbeit im Grenzgebiet zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erleichtert werden.

In beiden Fällen ging die Initiative von Norddeutschland aus. Hier wurde "fortschrittliches Denken und Planen" über Ländergrenzen hinweg wiederholt angeregt. Gezielte Konstruktionen, deren Effektivität vielversprechend sind, zeichneten sich indessen erst in jüngster Zeit ab. Hierzu gehört insbesondere die von den Ministerpräsidenten der vier Küstenländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen geplanten ständigen Ministerpräsidentenkonferenz, der nunmehr - im Rahmen einer solchen Institution - ständige Fachministerkonferenzen folgen sollen.

Der hierbei zu erarbeitenden Konzeption sind alle denkbaren Möglichkeiten zu eröffnen, weil sich das Planen und Denken in größeren norddeutschen Regionen aufzwingt. Das gilt, wie man es sich auch zum Ziele gesetzt hat, insbesondere für Fragen der Raumordnung und der Landesplanung, der Wirtschaft und des Verkehrs, der Ernährung und der Landwirtschaft sowie des Küstenschutzes und der Finanzen.

Der Staatsvertrag, der auf Anregung des niedersächsischen Innenministers zwischen den Ländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen abgeschlossen werden soll, ist erforderlich, um die rechtlichen Voraussetzungen für die kommunale Zusammenarbeit im Grenzgebiet beider Länder zu schaffen. Der Vertragsentwurf über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände beinhaltet zwar nicht eine ähnliche Konzeption, wie sie innerhalb der norddeutschen Küstenländer angestrebt wird. Die Effektivität des Vertrages ist mithin begrenzt, was aber keinesfalls die Bereitschaft der Regierung in Düsseldorf ausschließt, mit benachbarten Bundesländern echte Zusammenarbeit zu pflegen.

Sozialismus in Afrika?

Von A. Mohiddin,

Dozent für politische Wissenschaft am
Makorere-Universitäts-College in Uganda

Für den Sozialismus in Afrika sprechen zwei Überlegungen. Erstens: Sozialismus ist eine Lebensweise, die dem Afrikaner nicht fremd ist. Das trifft vielleicht nicht mehr ganz uneingeschränkt für den städtischen und sozial nach oben gekommenen Afrikaner zu, aber doch für die Mehrheit, die in den ländlichen Gebieten lebt.

Die zweite Überlegung ist die der gebotenen Notwendigkeit des Aufbaus einer Nation, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entkolonialisierung.

Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen basierte das traditionelle afrikanische Leben auf der Gemeinschaft. In sie wurde das Individuum hineingeboren, wurde es integraler Teil dieser Gemeinschaft. Die Gemeinschaft war verantwortlich für die Erziehung des Individuums zum nützlichen Mitglied der Gemeinschaft. Sie prägte ihm die Kultur seiner Vorfahren ein, gab ihm Würde und den Sinn für Respekt, vor allem aber gewährte sie ihm Schutz und Sicherheit. Als Gegenleistung hatte das Individuum die Pflicht zur Arbeit und die Verantwortung, der Gemeinschaft zu dienen.

Ein anderes Charakteristikum traditionellen Lebens war das gemeinschaftliche Eigentum des Grund und Bodens. Niemand konnte Land für sich selbst erwerben, es gehörte allen und wurde von allen genutzt. Hier zeigt sich ein wichtiges Prinzip: Das Nichtvorhandensein von Privateigentum führte zu einem relativen Nichtvorhandensein von Klassen, d.h. zu einem Gleichheitsprinzip in der traditionellen afrikanischen Gesellschaft. Natürlich gab es Varianten. Keine der traditionellen Gesellschaften war identisch mit einer anderen. In einigen Gesellschaften war nicht die Produktion Angelegenheit der Gemeinschaft, sondern der Konsum, in anderen war es umgekehrt. Die Varianten an sich sind nicht so wichtig, sondern das Prinzip des Teilens mit den anderen Angehörigen einer Gemeinschaft.

Der Kolonialismus verschob den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schwerpunkt aus der den Afrikanern gewohnten Umgebung in die kolonialen Metropolen. Alles Tun und Streben unterlag der Beurteilung und Genehmigung der hauptstädtischen Macht. Dem Afrikaner wurde weder ein eigenes Urteil erlaubt noch konnte er Initiative entwickeln, wenn sie nicht von seinen neuen Vorgesetzten erlaubt war. Dies führte zu einer Katastrophe der afrikanischen Psyche und rief einen akuten Minderwertigkeitskomplex hervor. Der koloniale Impact und die Einführung einer Geldwirtschaft veränderte den Aufbau der afrikanischen Familienstruktur radikal.

Während es immer das grundlegende Prinzip der traditionellen afrikanischen Gesellschaft gewesen war, den Menschen als Mitglied einer großen Gruppe, einer Gemeinschaft, zu sehen, wurde durch die Einführung des kapitalistischen Geldsystems durch die Kolonial- und Handelsmächte der Einzelne zum individuellen Erwerbssinn und zu wirtschaftlicher Konkurrenz angehalten.

Unabhängige afrikanische Staaten sehen sich heute den enormen und dringenden Problemen der Nationenbildung, d.h. der Vereinigung verschiedener Stämme und ethnischer Gruppen zu einem Volk, der wirtschaftlichen

Entwicklung und der Entkolonialisierung gegenüber.

Es lag nicht im Interesse der Kolonialmächte, vernünftig vereinigte Völker zu schaffen. Im Gegenteil: Es wurden alle Schritte unternommen, um eine organisierte zentrale afrikanische Führung, die ein Land einigen konnte, zu schwächen.

Um ein Volk in einer Nation und unter ein politisches System zu vereinen, muß man auf den eigenen Werten dieses Volkes aufbauen. Eine der schrecklichsten Konsequenzen des Kolonialismus war die Zerstörung des Selbstbewußtseins der kolonialisierten Völker.

Entkolonialisierung heißt also die Reinigung von allen Resten kolonialer Werte und Ansichten. Diesen Prozeß muß eine Politik kultureller Afrikanisierung folgen. Wenn eine neue Nation nicht auf ihrem eigenen kulturellen afrikanischen Hintergrund basiert, wird sie auch nicht den kulturellen oder anderen Formen des Neokolonialismus entgehen.

Es ist eine traurige Tatsache in allen neuen afrikanischen Staaten, daß ihre Führer und nicht nur die politischen, sondern auch die einflußreichen Mitglieder der Gesellschaft von den höheren Beamten über Schul- und Kirchenvertreter und Universitätsdozenten bis hin zu den afrikanischen Geschäftsleuten Geschöpfe der kolonialen Situation sind. Koloniale Agenten werden immer versuchen, über diese Führer zu arbeiten in dem Glauben, sie seien bestechlich. Die Masse aber erwartet ihre Richtlinien von ihren Führern und vertraut ihnen. Eine durchgreifende Politik der Entkolonialisierung hängt folglich davon ab, daß die Führungselite selbst eine aggressive Initiative ergreift. Eine der besten Sicherheiten gegen den Neokolonialismus ist eine radikale Erziehungspolitik, die den Neokolonialismus dadurch beseitigt, daß sie das "Afrikanische" hervorhebt. Damit die neuen Staaten Afrikas eine realistische und andauernde Politik des Nationwerdens und der Entkolonialisierung erreichen können, müssen sie ihrer eigenen Kultur vertrauen, und diese Kultur ist - wie schon erwähnt - grundsätzlich sozialistisch.

Ähnlich ist es mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie muß sich beziehen auf die Bedürfnisse und die Erwartungen des ganzen Volkes und nicht auf die der wenigen finanziell Mächtigen. Wenn diese die wirtschaftliche Entwicklung bestimmen, dann würde die Verbrauchsstruktur der Masse verändert, es wäre nicht einer unabhängigen auf die Bedürfnisse der Masse ausgerichteten Wirtschaft gedient, sondern fremde Geschmacksrichtungen importiert, und es würde der Klassenbildung Vorschub geleistet.

Um sicherzustellen, daß die wirtschaftliche Entwicklung den Bedürfnissen der ganzen Nation entspricht, ist eine zentrale wirtschaftliche Planung unerlässlich, denn sonst würden es nur die machtvolle Elite und die Ausländer sein, deren Erwartungen erfüllt werden. Ein wirkungsvoller Weg, den Bedürfnissen der Masse zu dienen und der Klassenbildung vorzubeugen, ist die staatliche Kontrolle der Basis-Produktionen.

Einer der Gründe, warum die traditionelle afrikanische Gesellschaft relativ wenig Klassenunterschiede kannte, war, wie ausgeführt wurde, die Tatsache, daß das Land allen gehörte. Für jede afrikanische Regierung oder Führungsschicht, die eine Politik der Nationen-Bildung, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entkolonialisierung betreiben will, kann es daher kein anderes System geben als das des Sozialismus.